

Warum wir ein geeintes Europa benötigen und wie die Strukturen dafür aussehen könnten

Vortrag am 21.03.2018 von **Dr. Eva Nowotny**: nach einem Studium der Geschichte viele Jahre im In- und Ausland für das Außenministerium tätig, u.a. als Botschafterin in Frankreich, im Vereinigten Königreich und den USA; war außenpolitische Beraterin der Bundeskanzler Sinowatz und Vranitzky; von 2009 bis 2018 Präsidentin der Österreichischen UNESCO-Kommission, derzeit Vorstandsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen, des Bruno Kreisky Forums sowie CARE Österreich und Vorsitzende des Universitätsrats der Universität Wien.

Zusammenfassung:

Der Mehrzahl der EuropäerInnen ist bewusst, dass die Europäische Union viel zum Frieden und zur Stabilität in Europa beigetragen hat und dass sich brennende Fragen (Klima, Migration, Finanzwirtschaft) nicht auf nationaler Ebene lösen lassen. Auch im Spannungsfeld der Großmächte China, Russland und USA können europäische Länder nur durch geeintes Handeln bestehen. Dennoch ist die Möglichkeit eines Zerfalls der EU erstmals in deren Geschichte eine ernsthafte Bedrohung. Es geht darum, auf brennende Fragen – allen voran der Umgang mit dem zunehmenden Nationalismus – Antworten zu finden und die Integration voran zu treiben.

Mehr zum Thema:

Die zentralen Anliegen eines geeinten Europas sind **Frieden und Sicherheit**. Nach jahrhundertelangen kriegerischen Auseinandersetzungen hat die Europäische Union den Kontinent befriedet. Viele seriöse Umfragen zeigen, dass dies auch im Bewusstsein der Menschen – besonders der Jugend – verankert ist. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit, besonders in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen, Sicherheit, Soziales und Umwelt. Auch wenn der Boulevard Gegenteiliges behauptet: den Menschen ist bewusst, dass sich viele Fragen nicht national lösen lassen (Klima, Migration, Finanzwirtschaft).

Drei **Entwicklungen außerhalb der EU** sind derzeit für die europäische Politik besonders beachtenswert:

- China fordert vehement eine Weltmachtrolle ein, Xi Jinping schlägt dabei einen sehr aggressiven Ton an.
- Die USA ziehen sich unter Trump aus ihrer internationalen Rolle zurück („America first!“) und übernehmen weniger Verantwortung im Sinne von *globale governance*.
- Russland mischt sich regelmäßig in nationalstaatliche Belange europäischer Länder ein und versucht, die EU zu schwächen und Europa zu destabilisieren.

Im Spannungsfeld dieser drei Großmächte können europäische Länder nur durch geeintes Handeln bestehen. Dazu kommt, dass sich die Weltwirtschaft rapide verändert: derzeit sind die USA und die EU noch immer die dominanten Wirtschaftsmächte, werden aber bis 2030 von China und von Indien überflügelt werden. Europa kann nur durch ein gemeinsames Handeln weltpolitisch eine konstruktive Rolle spielen.

Dem gegenüber steht jedoch die Tatsache, dass die **Möglichkeit eines Zerfalls** der Europäische Union erstmals in deren Geschichte eine ernsthafte Bedrohung darstellt: Der

zunehmende Nationalismus in vielen Mitgliedsländern wirkt stark zentrifugal. Das Referendum in Großbritannien hat kurzfristig die anderen Staaten wieder stärker geeint, allerdings hat dieser Effekt nicht lange angehalten.

Insgesamt ist das **Gemeinschaftsgefühl innerhalb der EU** seit dem Höhepunkt der Wirtschafts- und Finanzkrise laufend gesunken. Die Institutionen der Europäischen Union waren auf diese Krise nicht ausreichend vorbereitet, die erforderlichen Kompetenzen und Instrumente waren nicht verfügbar. Aus der Not heraus haben während der Krise die Staats- und Regierungschefs stärker eingegriffen, so hat sich die **Machtbalance von der Kommission zum Europäischen Rat** verschoben. Dadurch spielen heute nationalstaatliche Interessen eine größere Rolle bei Entscheidungsprozessen als zuvor.

Angesichts dieser Tendenzen war es eine sehr kluge Entscheidung, beim Vertrag von Lissabon auf den umstrittenen Artikel 50 (Austrittsmöglichkeit) zu verzichten, denn „*die Europäische Union ist kein Buchklub*“ aus dem man unkompliziert austreten kann, die Beziehungen der Mitgliedsstaaten sind dazu viel zu verwoben, wie man an den Verhandlungen mit Großbritannien unschwer erkennen kann.

Die bewährte **Achse Frankreich – Deutschland** ist seit der Wahl Macrons gestärkt: der französische Präsident will einen Neustart der Europäischen Union und forciert eine Weiterentwicklung vor allem am Sektor Wirtschaft und Finanzen, Merkel geht diesen Kurs mit. Für die weitere Entwicklung der EU wird es entscheidend sein, wie stark die nationalistischen Kräfte in den Mitgliedsländern sind. Bei den letzten Wahlgängen in Europa war das Thema Migration von nahezu viraler Präsenz und hat die politische Diskussion geprägt, eine überzeugende Antwort gemäßiger Kräfte steht noch aus.

Für einen **Umbau der Europäischen Union** gibt es einige Vorschläge: Ein sehr kühnes Konzept stammt von Ulrike Guérot¹, die für eine europäische Republik plädiert, mit einem zwei-Kammer-System, einer Kommission als Zentralregierung und einem gewählten europäischen Präsidenten. Jean-Claude Juncker hat fünf Varianten für eine Weiterentwicklung der EU vorgelegt – am wahrscheinlichsten ist wohl ein Modell der Transformation in kleinen Schritten, wobei im Bereich Wirtschaft und Finanzen der größte Handlungsdruck besteht.

Offen ist die Frage, wie die **zentrifugalen Kräfte in Europa** wieder eingefangen werden können. Die Wahl von US-Präsident Trump hat nur kurzfristig einend gewirkt. Die aktuelle Ankündigung Tschechiens, seine Botschaft in Israel – wie die USA – nach Jerusalem verlegen zu wollen ist ein vorsätzlicher Ausbruch aus der europäischen Linie und leider nicht untypisch für das Agieren einiger neuer Mitgliedsstaaten.

Wichtig wäre es, den Einigungsprozess und die **Erfolgsgeschichte der Europäischen Union** stärker zum Thema zu machen und im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Das ist auch insofern notwendig, weil die finanzielle Ausstattung der EU dringend verbessert werden muss, denn zusätzliche Leistungen (z. B. der Grenzschutz) erfordern höhere Mittel.

Fazit: In einer sich rasch verändernden Welt können die Staaten Europas nur gemeinsam agieren.

Aus der Diskussion:

Russland ist zwar eine militärische, aber keine wirtschaftliche Großmacht: sein BIP ist in etwa mit den Niederlanden vergleichbar. Russlands Einfluss in Europa gründet wesentlich auf seinem Rohstoffexport (Gas). Wirtschaftspolitisch sind die USA nach wie vor am engsten mit Europa verbunden, ca. 70 % aller US-Investitionen gehen nach Europa.

¹ Guérot, Ulrike: Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie. Verlag J.H.W. Dietz, 2016.

Jahrzehntelang haben die USA und Europa der Welt eine Entwicklung in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft vorgegeben. China und Russland führen nun vor, wie eine marktwirtschaftliche Entwicklung unter einem autoritären politischen System aussieht – was für andere Nationen zum Modell werden kann.

Das vieldiskutierte Europa konzentrischer Kreise ist in mancher Hinsicht bereits Realität (z.B. Schengenraum, Währungsunion). Es scheint durchaus realistisch, dass die Vertiefung der Integration von einem Kerneuropa (im Wesentlichen bestehend aus den Gründerstaaten) ausgeht. Offen ist, wo sich Österreich in diesem Prozess positionieren wird, im Kern oder an der Peripherie. Der Wunsch der Bevölkerung ist klar: die Zustimmung zur EU ist seit dem Beitrittsreferendum unverändert hoch.

Im Verhältnis von EU und NATO gibt es kaum Interessenskonflikte, gemeinsame Auslandseinsätze waren durchaus erfolgreich. Problematisch könnte ein Konfliktfall werden, bei dem lt. Artikel 5 des Nordatlantikvertrages eine Beistandsverpflichtung eintritt.

Die Folgen des Brexit werden für die verbleibenden EU-Mitgliedstaaten, vor allem aber für Großbritannien selbst, noch sehr viel spürbarer ausfallen, als das den Menschen bisher bewusst ist.

Für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Sozialsystems müssten die Mitgliedsstaaten auf Kompetenzen verzichten – was derzeit nicht absehbar ist. Diskutiert wird beispielsweise eine gemeinsame europäische Arbeitslosenunterstützung. Für das Image der Union wäre es sicher sehr positiv, wenn auch Individuen unmittelbar von der EU Zuwendungen lukrieren könnten.

Derzeit zeichnet sich bei der Besteuerung internationaler Konzerne endlich ein Durchbruch ab. Das Prinzip der Besteuerung in jenem Land, in dem das Vermögen erwirtschaftet wird, wäre in fiskalpolitischer Hinsicht ein großer Wurf.

Von der österreichischen Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2018 darf man nicht zu viel erwarten: das Pflichtenheft für den Gastgeber ist sehr detailliert und lässt wenig Spielraum für Akzente.

Protokoll: Barbara Smrzka